

Plötzliche Erneuerung der US-Kuba-Beziehungen - wie lange hält sie?

Eine unerwartete diplomatische Annäherung zwischen den USA und Kuba könnte der Biden-Administration kurzfristig Vorteile bringen. Doch bleibt abzuwarten, wie die kommenden Regierungen reagieren.



Havanna, Kuba – Am Donnerstag gaben kubanische Beamte die Freilassung eines prominenten Oppositionaktivisten bekannt. Dies stellte einen letzten diplomatischen Wendepunkt für die Biden-Administration dar, die sich lange um seine Freilassung bemüht hatte, jedoch zunächst wenig Einfluss auf die Ereignisse auf der Insel ausüben konnte.

Aufstieg von Jose Daniel Ferrer

Jose Daniel Ferrer, der Anführer einer der größten verbotenen Anti-Regierungsgruppen in Kuba, wurde nur zwei Tage nach

einem überraschenden Diplomatie-Überraschungsangriff in den letzten Tagen der Biden-Administration freigelassen. Am Dienstag gaben Beamte des Außenministeriums bekannt, dass Kuba von der US-Liste der Länder, die Terrorismus unterstützen, gestrichen wurde. Zudem hätten kubanische Beamte einer Bitte des Vatikans stattgegeben, Kubaner, die wegen regierungskritischer Aktivitäten im Gefängnis sitzen, freizulassen.

Freilassung von Gefangenen

Kubanische Offizielle erklärten, dass sie schrittweise 553 Gefangene freilassen würden, betonten jedoch, dass es sich nicht um eine Amnestie handele. Die freigelassenen Personen könnten gezwungen sein, ihre Strafen zu verbüßen, wenn sie kein „gutes Sozialverhalten“ zeigen. Über drei Jahre lang hatten US-Beamte insbesondere die kubanische Regierung aufgefordert, Ferrer freizulassen, der wegen seiner Teilnahme an den Protesten vom 11. Juli 2021 verurteilt wurde – den größten Demonstrationen seit der Revolution von Fidel Castro im Jahr 1959.

Ferrer spricht sich für Freiheit aus

In einem Telefongespräch mit Radio Martí, einer von der US-Regierung finanzierten Rundfunkstation, äußerte Ferrer nach seiner Freilassung: „Habt keine Angst, für ein freies, wohlhabendes und gerechtes Kuba zu kämpfen.“ Seine leidenschaftlichen Kommentare, die vom kubanischen Regime als „Merkantilist“ bezeichnet werden, dürften in Havanna auf wenig Begeisterung stoßen. Dennoch war es für die kubanische Regierung seit langem eine top Priorität, die US-Regierung davon zu überzeugen, sie von der Terrorliste zu streichen, was verheerende wirtschaftliche Sanktionen nach sich zieht.

Diplomatische Herausforderungen

Bei seinem Amtsantritt schien Biden darauf vorbereitet zu sein, dies zu tun, bis die Proteste von 2021 zu mehr als tausend Verurteilungen in Massenprozessen führten. Nach den Protesten knüpften Beamte des Außenministeriums eine Verbesserung der Beziehungen an die Freilassung der Demonstranten, während kubanische Offizielle angaben, dass sie keine konkreten Garantien für die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen erhalten hätten und dass die USA sich aus den inneren Angelegenheiten der Insel heraushalten sollten.

Auswirkungen der neuen Regierung

Obwohl Regionalregierungen den überraschenden diplomatischen Durchbruch in dieser Woche begrüßen, ist es unwahrscheinlich, dass die kommende Trump-Administration auf der kurzzeitigen Entspannung in den Beziehungen aufbauen wird. Am Mittwoch kritisierte Senator Marco Rubio, Trumps Wahl für das Außenministerium und einer der härtesten Gegner der kubanischen Regierung, die Streichung von Kuba von der Terrorliste und die Aufhebung anderer Sanktionen. „Es gibt für mich keinen Zweifel, dass sie alle Kriterien für die Einstufung als Förderer von Terrorismus erfüllen,“ sagte Rubio während seiner Anhörung.

Die Zukunft der kubanischen Politik

Während Rubio erklärte, dass etwaige Änderungen der Politik von Präsident Trump entschieden werden würden, zeigte er sich zuversichtlich hinsichtlich der Position der kommenden Administration zu Kuba. „Ich denke, die Leute wissen, wie ich darüber denke, und ich denke, sie wissen, was die Ansicht des Präsidenten zu diesen Themen war, als er zuvor Präsident war,“ fügte er hinzu. Die Intensivierung des Drucks auf Kuba nach mehr als 60 Jahren US-Wirtschaftssanktionen würde jedoch wahrscheinlich nicht dazu führen, dass die Regierung politische Reformen annimmt, so Peter Kornbluh, Mitautor von „Back Channel to Cuba: The Hidden History of Negotiations Between Washington and Havana.“

Er sagte: „Biden hat einige Ergebnisse erzielt. Er hat die Welt an das Modell der Diplomatie und der Hinterzimmerverhandlungen erinnert, um die US-Interessen voranzutreiben. Trump und Rubio repräsentieren ein Modell der Einschüchterung: Stöcke gegen Bidens Karotten.“

Kubaner zeigen sich skeptisch

In einer Ansprache an Journalisten erklärte der kubanische Außenminister Bruno Rodriguez Parilla, dass, falls die kommende Trump-Administration Kuba wieder auf die Liste der terrorunterstützenden Länder setzen sollte, dies den Standpunkt seiner Regierung untermauern würde, dass diese Liste ein politisches Instrument und kein abschreckendes Mittel geworden sei. „Wenn ein anderer Präsident käme und Kuba erneut auf die Liste setzen würde, müssten wir uns fragen, was die Gründe dafür sind und welche Behauptungen die US-Regierung aufstellen würde,“ sagte er.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at